

Gemeindefinanzierungsgesetz (Plenarsitzung vom 13.04.2011)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Abgeordneter Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ziel der Fraktion Die Linke im Landtag NRW ist es, einen Politikwechsel für das Land NRW zu erreichen, der den Menschen und der Verbesserung des Lebensumfeldes zugutekommt. Die Linke steht für soziale Gerechtigkeit. Diese lässt sich nur durch deutlich höhere Ausgaben erreichen, insbesondere für die Kommunen im Land, die bis auf wenige Ausnahmen in einer dramatischen Haushaltsschieflage sind und deren soziale Handlungsspielräume demzufolge drastisch eingeschränkt sind. Darüber hinaus sind aus unserer Sicht besonders Investitionen im sozialen und im Bildungsbereich dringend erforderlich.

Ein original linker Haushalt ist nicht von der fatalen Logik getragen, das Land kaputtzusparen,

(Beifall von der LINKEN)

wie das insbesondere CDU und FDP mit ihrem Spardiktat wollen. Sie haben die neoliberale Schere weiterhin im Kopf, anstatt wirksame Zukunftsinvestitionen zuzulassen, die für mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sorgen würden. Generationengerechtigkeit beinhaltet gerade, eine soziale und ökologische Zukunftsperspektive zu gestalten.

Auch SPD und Grüne haben als Minderheitsregierung nur zögerlich begonnen und handeln angstgesteuert unter der Drohkulisse des Verfassungsgerichtshofs in Münster.

Ein sozial-ökologischer Umbau in Nordrhein-Westfalen wäre aber gerade jetzt, in der atomaren Zeitenwende, umso dringlicher nötig und auch möglich. Das gilt auch für die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, für die wir insgesamt Mehrausgaben von rund 1 Milliarde € vorgesehen haben, die Sie aber alle gemeinsam als Fraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt haben.

Wir machen und wir werden dieser Landesregierung weiter Druck von links machen, um dieses Land sozial gerechter und zukunftsfähiger zu gestalten. Die Linke tritt dabei nicht grundsätzlich für eine höhere Neuverschuldung ein, sondern vielmehr für eine Verbesserung der Einnahmeseite durch mehr Steuergerechtigkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen eine Haushaltssanierung, die durch Steuergerechtigkeit realisiert wird. Entsprechend haben wir auch Anträge gestellt, zum Beispiel für eine höhere Spitzen- und Erbschaftsteuer sowie eine Millionärsteuer, was aber mit den anderen Parteien nicht zu realisieren ist. Wir hoffen aber immerhin noch darauf, dass sie Bundesratsinitiativen mit uns auf den Weg bringen.

Wer aus der Schuldenfalle herauskommen und Haushalte in Stadt und Land sanieren will, muss die Einnahmeseite stärken.

(Beifall von der LINKEN)

Deswegen brauchen wir auch eine Länderfinanzreform, welche dafür sorgt, dass Städte und Kommunen strukturell ausgeglichene Haushalte bekommen. Dafür brauchen wir eine ganz andere Politik. Ein reines Spardiktat wird sich immer gegen diejenigen richten, die sowieso wenig haben, sozial benachteiligt sind und sich gerade keine private Vorsorge leisten können.

(Beifall von der LINKEN)

Deswegen fordern wir auch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 % – so ist es ja auch im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen worden –; denn das verbessert die Einnahmeseite des Landes insgesamt um rund 450 Millionen € jährlich. Und das kommt auch den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zugute.

An der mittelfristigen Finanzplanung ist deutlich geworden, dass CDU und FDP die kommunalen Haushalte in den letzten Jahren geplündert haben. Gleichzeitig haben sie in den letzten Jahren aber eine Neuverschuldung von über 23 Milliarden € gemacht. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass Sie das auch noch bis 2013 weitermachen wollten: mit einer Gesamtverschuldung von 150 Milliarden € und einem Schuldendienst von jährlich 6 Milliarden €.

Auch bei SPD und Grünen ist bisher keine grundsätzliche Wende zu erkennen. Auch sie haben durch die Steuerpolitik im Bund dazu beigetragen, dass es bisher keine Umkehr zu einer gerechten Steuerpolitik gibt.

(Beifall von der LINKEN)

Die Linke wird weiter Druck machen für soziale Gerechtigkeit durch eine andere Steuerpolitik. Dafür werden wir sorgen. Dafür machen wir weiter Politik auch hier im Landtag Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.